Tod der Gemeindefreiheit?

Autor(en): **Bundi, Martin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 3

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339145

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Kommunalpolitisches Forum

Tod der Gemeindefreiheit?

Unter diesem bezeichnenden Titel – ohne Fragezeichen – erschien 1974 eine interessante Publikation von Benjamin *Barber,* Professor der politischen Wissenschaften an der Universität von Rutger in den USA. Der Untertitel lautet: «Geschichte der Freiheit in einem Schweizer Gebirgskanton», und mit diesem Kanton ist Graubünden gemeint[1]. Nachdem im «Profil» 1/76 J. W. Brügel auf einige Aspekte insbesondere des geschichtlichen Teils dieser Arbeit hingewiesen hat, erscheint es angebracht, noch ein paar ergänzende Betrachtungen anzuschliessen und die von Barber angeschnittene aktuelle Problematik etwas näher zu beleuchten. Dies dürfte vor allem im Hinblick auf die heutige da und dort in Graubünden recht fragwürdig gewordene Gemeindeautonomie gerechtfertigt sein. Dabei soll es der Sache keinen Abbruch tun, wenn Jürg *Steiner* in der NZZ (29. 8. 1975) auch den Versuch unternimmt, Barber zu den Vertretern der Neuen Linken einzustufen.

Benjamin Barber vertieft sich in seiner Arbeit zunächst in fundierter Weise in die Geschichte Rätiens, in eine 2000jährige Geschichte, indem er seine Aufmerksamkeit vor allem der Zeit der Formung der Drei Bünde und der autonomen bündnerischen Gerichtsgemeinden und insbesondere auch den drei Jahrhunderten des Freistaates gemeiner Drei Bünde (1524 bis 1798) widmet. Er ist nicht der erste Autor aus dem anglo-amerikanischen Raum, der sich intensiv mit unserer Geschichte und unseren heutigen Zuständen beschäftigt; gegen Ende des 18. und im 19. Jahrhundert durchwanderten verschiedene englische Reiseschriftsteller die Schweiz und Graubünden, unter ihnen wohl der berühmteste William Coxe. Die Lebensformen, Bräuche und Sitten, das politische System und dessen Funktionieren und der hohe Grad an Freiheit unseres Volkes haben die Engländer immer wieder angezogen und fasziniert.

Nach einer seriösen geschichtlichen Analyse unserer politischen Institutionen befasst sich Barber eingehender mit dem Thema «Die Gemeinde in der Krise». Er erwähnt die wirtschaftlichen und politischen Faktoren, die im Hinblick auf das Budget der Gemeinden erschwerend ins Gewicht fallen, wie die Strassen, die Schulen, das Armenwesen sowie die Bauten und Einrichtungen gegen die Naturschäden und zum Schutze der Menschen. Solchen Ausgaben gegenüber steht für die Gemeinden eine sehr ungleiche Einnahmensituation: nur ein Teil der Gemeinden profitiert von den Wasserwerken und vom Tourismus. Der andere Teil hat keine Einnahmen von Bedeutung. Unter den vom Kanton eingeleiteten Massnah-

---

[1] Benjamin Barber: *The Death of Communal Liberty,* A History of Freedom in a Swiss Montain Canton. New Jersey 1974.

men zur Verbesserung der Finanzlage nennt Barber die Institution des interkommunalen Finanzausgleichs die beste und die Schaffung eines Gemeindegesetzes – ein Postulat, das unterdessen erfüllt ist – eine dringende Notwendigkeit.

Die Bündner Wasserkraftpolitik erscheint Barber widersprüchlich. Der Kanton Graubünden ist im Besitz von 25 Prozent des Potentials an Wasserkraft der ganzen Schweiz. Zieht er genügenden Nutzen aus dieser wichtigen Rohstoffquelle? Die Souveränität über die Wasserkraftnutzung belässt der Kanton den Gemeinden. Auf diese Weise werden sehr einseitig die einen Gemeinden in die Lage versetzt, bedeutende Einnahmen zu erzielen, die andern bleiben benachteiligt. Diese Ungleichheiten versucht der Kanton mindestens teilweise zu mildern, indem er – der sonst nur indirekt von den hydroelektrischen Einrichtungen profitiert – aus dem vor allem durch die Besteuerung des hydroelektrischen Kapitals angehäuften Fonds Ausgleichsbeiträge an die benachteiligten Gemeinden ausrichtet. Das ist nach Barber ein Beispiel, wie heute die Gemeindeautonomie einem rationellen Finanzausgleich im Wege steht.

Das Dilemma der Bündner Gemeinde ist das Dilemma der Werte. Vor seinem Schlusskapitel stellt der Autor die Frage: Ist das (politische) Leben in den relativ kleinen autonomen Gemeinden auf dem Lande inmitten einer industrialisierten Welt nach 1970 noch möglich? In diesem Zusammenhang berührt er unter dem Stichwort «Die Konfrontation mit der modernen Zeit» einen besonderen Aspekt. Das Profil des Bergdorfes hat sich geändert. Nicht mehr die Kirche markiert die Dorfmitte und -einheit, sondern Reihen von rechteckigen und hohen Appartementshäusern. Die Berge scheinen herabgemindert durch die Bergseilbahnen und Kraftwerkleitungen, die der Landschaft ihren Stempel aufdrücken und so den Tribut zahlen für die Emanzipation des alpinen Menschen vor den Schrecken der Alpen. Dann führt der Autor jene Anekdote der im Posthotel Schnaps schlürfenden und jassenden Grossväter an, die dazwischen einander Geschichten aus längst vergangenen Tagen erzählen. Um jedoch von ihren Partnern verstanden zu werden, müssen sie sich stimmlich wakker anstrengen und versuchen, den Lärm der Musikbox zu übertönen, die man zum Wohle ihrer Enkel installiert hat. Eines schönen Tages ist einer dieser Grossväter nicht mehr Besitzer seines Bauernhauses – das er auch nicht mehr braucht. Dieses gehört jetzt einer französischen Schauspielerin, die an der Stelle, wo früher die Ziegen hausten, eine Bar eingerichtet hat. Der Grossvater ist zufrieden. Er hat überdies noch eine runde Million Franken eingenommen, als er eine Halde an eine Investitionsgesellschaft verkauft hat.

Barber nennt die Legende des Millionengeschäftes dieses Grossvaters in Wirklichkeit den totalen Ausverkauf der Heimat, die Verschleuderung der Allmend und des dorfgemeinschaftlichen Lebensweges gegen Stammzertifikate für den künftigen Reichtum der Schweiz. Den gleichen Vorgang der

Umformung könne man in der ganzen Schweiz beobachten, einem Land, das vor Kriegszerstörungen bewahrt geblieben ist, nun aber durch einen planmässigen Abbau zerstört werde. Wohl habe sich die Opposition manifestiert: lange Zeit habe man gegen die Zulassung des Automobils auf den öffentlichen Strassen gekämpft, zäh halte man noch da und dort an der Gemeinnutzung fest. Die direkte Demokratie sei aber in den Gemeinden nicht mehr funktionsfähig, nachdem die Bedingungen für dieses Funktionieren nicht mehr gegeben seien. Diese Bedingungen, welche Barber in Anlehnung an Rousseaus Contrat social definiert, fasst er wie folgt zusammen: Die genaue Kenntnis der Leute und Zustände, Einfachheit in der Lebensweise, Gleichheit in Rang und Vermögen, waches politisches Interesse in der Gemeinschaft, Politik der Tugend anstatt der Interessen; die Gemeinden in der Republik der Drei Bünde waren überschaubar, selbstgenügsam und antiprivat. Das Resultat war eine Demokratie der Zusammenarbeit, der bewussten Beteiligung und des aufbauenden Geistes.

Da diese Bedingungen heute nicht mehr existent sind, bedeutet – gemäss Barber – das Festhalten an Formen der direkten Demokratie einen Widerspruch. Die schweizerische Demokratie wird reaktionär, weil die sie rechtfertigenden Bedingungen unterhöhlt worden sind. Sie haben aufgehört zu existieren. Die autonome Gemeinde als Spiegelbild der Bürger als ein Kollektiv existierte als bewaffnetes «Fähnlein» als arbeitendes Dorf (Gemeinwerk), als selbstverwaltende Gemeinde (Lands-, Gerichtsgemeinde). Spuren sind noch da und dort feststellbar, wo die Einrichtungen aber nicht ganz ihren Inhalt verloren haben, erscheinen sie kraft- und wirkungslos.

Trotz dieser harten Urteile über die Autonomie unserer Gemeinden ist der Autor der Überzeugeng, dass die Tradition und der Widerstand, welcher gegenüber der Assimilation an die Moderne geleistet wird, geeignet seien, neue Werte im kosmopolitischen Leben von heute erwachsen zu lassen. Es handle sich aber darum, *die Zeichen einer reaktionären Demokratie und einer progressiven Bürokratie zu überwinden,* welche sich zwangsläufig einstellen werden, wenn man sich um jeden Preis an einem politischen System halten wolle, wofür die Bedingungen nicht mehr vorhanden seien. Die industrialisierte Gesellschaft bedarf eines pluralistischen Zentralismus, einer Entwicklung, der sich auch Graubünden nicht entsagen kann.

Man kann hinsichtlich der Betrachtungen und Behauptungen von Benjamin Barber verschiedener Meinung sein. Möglicherweise übertreibt er da und dort. Überall verwendet er den politischen Begriff nicht konsequent – was sich wiederum nicht leicht wortwörtlich in der Übersetzung wiedergeben lässt –, insbesondere in bezug auf Demokratie, Föderalismus und Autonomie. Auch differenziert er zu wenig zwischen dem Status der durch eine ausgesprochene Autonomie charakterisierten Bündner Ge-

meinde und demjenigen der bedeutend schwächer ausgestalteten Autonomie der meisten übrigen Schweizer Gemeinden. Anderseits hat der Autor den Vorteil, indem er die Dinge aus Distanz betrachtet, die Zustände des Bündner Gebirgskantons nüchterner und neutraler zu beurteilen. Die Lektüre seines Buches ist für jeden am Geschick eines Gebirgskantons historisch und politisch Interessierten ein Gewinn. Barbers Schlussfolgerungen sind es wert, eingehend überprüft zu werden, und die sich aufdrängenden Reformen sollten im politischen Handeln Berücksichtigung finden.

Nationalrat Martin Bundi

Camuns ist eine kleine Berggemeinde im bündnerischen Lugnez. Der Posthalter bringt täglich Briefe und Pakete auf dem Pferd vom Tal herauf. Die Gemeinde wird immer kleiner: 1940 zählte sie 128 Einwohner, 1964 noch 92. Die Bevölkerung wendet sich von der Landwirtschaft ab und wandert aus. Eine zu starke Parzellierung des Bodens verhindert seine rationelle Bewirtschaftung. Leere Häuser werden zu Spottpreisen an Gäste verkauft. Gemeindepräsident Derungs klagte, dass es auch schwer sei, tüchtige Behörden zu finden, denn meistens blieben ja nur die Unbegabten zurück. Die Steuern werfen im Jahr rund 3500 Franken ab. Das reicht bei weitem nicht aus. Der Kanton muss die Gemeinde unterstützen, der Finanzausgleich springt ein. Armut macht aber selbst in diesem Kanton, in dem die Gemeindehoheit wie kaum in einem andern grossgeschrieben wird, abhängig. Wer zahlt, befiehlt: Es gibt im Bündnerland Gemeindeversammlungen, deren Ausgabenkompetenz auf 50 Franken (!) beschränkt wurde. Ist der Posten höher, so muss er vom kantonalen Finanzinspektorat genehmigt werden. So weit führt die Armut.

Hans Tschäni in «Profil der Schweiz»